

Ordentlicher Landesparteitag
am 25. November 2017
in Frankfurt am Main



HESSEN VON MORGEN.

Beschlüsse und Wahlergebnisse

Übersicht

| | |
|---|----------|
| 1. Beschlüsse..... | 4 |
| Antragsbereich A: Leitantrag..... | 4 |
| Leitlinien der SPD Hessen für den Weg zum Regierungsprogramm 2019-2024: Für einen Hessenplan 2.0 – 2018 den schwarz-grünen Stillstand beenden | 4 |
| Initiativanträge | 28 |
| Resolution: Keine Neuaufgabe der großen Koalition..... | 28 |
| Antragsbereich B: Bildung..... | 29 |
| Übernahme der Schüler*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen..... | 29 |
| Keine Bildung 2. Klasse, die Ausbildung gehört gestärkt!..... | 29 |
| Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie | 30 |
| Arbeit auf Abruf abschaffen! | 30 |
| Resolution: Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft | 30 |
| Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten | 31 |
| Gegen eine Rente ab 73 | 31 |
| Für ein Recht auf Arbeit und Teilhabe! Den Produktivitätsfortschritt als Chance begreifen!..... | 31 |
| Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales | 33 |
| Bundesteilhabegesetz – Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe..... | 33 |
| Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger*innenversicherung einführen! | 33 |
| Konversionstherapie gehört abgeschafft | 34 |
| Der Landeswohlfahrtsverband muss erhalten bleiben! | 34 |
| Antragsbereich F: Innenpolitik und Recht..... | 35 |
| Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler..... | 35 |
| Flächendeckende Prävention | 35 |
| Kommunales Wahlrecht auf für Nicht-EU-Bürger..... | 36 |
| Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen..... | 36 |

| | |
|--|-----------|
| Antragsbereich I: Kommunal- und Regionalpolitik..... | 40 |
| Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden | 40 |
| Antragsbereich J: Steuern und Finanzen | 41 |
| Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht | 41 |
| Antragsbereich L: Umwelt und Verbraucherschutz..... | 42 |
| Öffentliche Ausschreibungen müssen Klimaschutz berücksichtigen..... | 42 |
| Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ | 42 |
| Antragsbereich M: Parteiorganisation | 43 |
| Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher | 43 |
| 2. Übersicht über die Antragsbehandlung | 44 |
| 3. Wahlen | 51 |
| 1. Nominierung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2018 | 51 |
| 2. Wahl des 1. Vorsitzenden..... | 51 |
| 3. Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden | 51 |
| 4. Wahl der Generalsekretärin | 52 |
| 5. Wahl des Schatzmeisters..... | 52 |
| 6. Wahl der 16 Beisitzer_innen..... | 53 |
| 7. Wahl der Revisor/innen | 53 |

1. Beschlüsse

Antragsbereich A: Leitantrag

Leitlinien der SPD Hessen für den Weg zum Regierungsprogramm 2019-2024:

Für einen Hessenplan 2.0 – 2018 den schwarz-grünen Stillstand beenden

I. Für die Menschen, die unser Hessen ausmachen

Wir wollen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, die unser Hessen ausmachen und die Herausforderungen angehen, mit denen sie täglich in ihrem Lebensalltag konfrontiert sind. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Hessinnen und Hessen am Wohlstand partizipieren, dass Lebensleistungen belohnt werden und Respekt erfahren, dass alle Menschen in Hessen frei und selbstbestimmt entscheiden können, wo und wie sie leben wollen. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen, die den Veränderungsdruck in der Arbeitswelt spüren und sich alleingelassen fühlen.

Wir werden uns auf die Seite derer stellen, die trotz ordentlicher Einkommen keine bezahlbare Wohnung in den Städten finden. Wir wollen den Abzug von Ärzten, Kitas, Unternehmen und Lebensmittelmärkten aus den Dörfern stoppen und Menschen eine Perspektive auf dem Land geben. Wir wollen das Verkehrschaos auf Hessens Straßen und in Hessens Bahnen angehen, in dem die Hessinnen und Hessen unzählige Stunden ihrer Lebenszeit verlieren.

Alle Hessinnen und Hessen haben das Recht, ihren Lebensalltag überall und jederzeit sicher zu gestalten. Dafür werden wir mit einer präsenten und gut ausgestatteten Polizei sorgen. Wir wollen Familien unter die Arme greifen. Niemand soll zurückstecken müssen, um Familie und Job unter einen Hut zu bekommen. Wir wollen auch den jungen Menschen eine Stimme geben ohne den Respekt vor den Alten zu verlieren. Und wir wollen Hass und Ausgrenzung angehen. Hessens Vielfalt ist Hessens Stärke.

Für uns gilt immer noch das Motto Georg August Zinns: Hesse ist, wer Hesse sein will.

II. Zeit für den Aufbruch: Ein neuer Plan für Hessen

In allen Zukunftsfragen hängt Hessen hinterher. 20 Jahre CDU-geführte Landesregierungen haben dem Land geschadet. Lange Staus, überfüllte Züge, kaputte Straßen und marode Brücken, Mieten, die mit normalen Einkommen nicht bezahlbar sind, Dörfer, die abgeschnitten werden, Funklöcher und Internetwüsten – das ist Hessen in 2017, nach 18 Jahren Regierung Koch und Bouffier. Hessen braucht den Aufbruch. Vielen Menschen in Hessen geht es gut. Um unsere Zukunft ist es jedoch schlecht bestellt. Hessen muss jetzt handeln.

Unser Bundesland steht vor großen Umbrüchen: Die Digitalisierung, die Veränderung in der Arbeitswelt, Demografischer Wandel, das Wachstum im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main, die Umstellung auf nachhaltige Energiequellen und die Zukunft des ländlichen Raums verlangen nach mutigen Lösungen. Stillstand und „weiter so“ sind keine Alternativen.

Es ist an der Zeit, wieder einen Plan für Hessen zu machen. Georg-August Zinn hat in den 60er Jahren mit dem Großen Hessenplan einen Aufschwung in Hessen begründet, von dem wir heute noch zehren. An diese Tradition wollen wir anknüpfen. Gute Bildung, die Förderung von Innovation, wirtschaftlicher Aufschwung, Zusammenhalt in der Gesellschaft, Sicherheit und die Modernisierung der Infrastruktur gehören zusammen. Der Hessenplan wird die zentralen Gestaltungsaufgaben benennen und zeigen, wie diese im nächsten Jahrzehnt zum Wohle der Menschen angegangen werden können.

Im Zentrum steht für uns der Anspruch, dass alle Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen haben müssen. Die Teilhabe an Bildung, Kultur, Mobilität, Gesundheit, Pflege, berufliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Partizipation dürfen weder vom Einkommen noch vom Wohnort abhängen. Alle Hessinnen und Hessen haben ein gutes Leben verdient, egal in welchem Stadtteil einer Stadt sie wohnen, ob sie in einer Metropolregion leben oder in unseren Dörfern zu Hause sind. Wir wollen kein Hessen der zwei Klassen. Für uns bedeutet gerechte Politik auch die Herstellung „räumlicher Gerechtigkeit“. Deswegen müssen wir verhindern, dass sich Städte spalten und Ballungsräume und ländlicher Raum immer weiter auseinander entwickeln.

Gleichzeitig ist Hessen ein Land der Vielfalt. Herausforderungen und Chancen sind nicht einheitlich. Während es in einigen Bereichen um die Gestaltung des Wachstums geht, kommt es anderswo auf die Aufrechterhaltung von Strukturen für soziales Zusammenleben an. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen. Bedürfnisse und Anforderungen sind dabei regional sehr unterschiedlich. Wir wollen die hessischen Räume mit der gleichen Wertschätzung und der gleichen Anerkennung entwickeln. Wir müssen Mut zur Stadt haben und gleichzeitig „Ja“ zum ländlichen Raum sagen.

Wir wollen Perspektiven für das Leben und Arbeiten in den Städten. Die Luft muss sauberer, die Mieten bezahlbar werden. Deswegen wollen wir den Verkehr in den Städten modernisieren und eine Offensive für den Wohnungsbau. Gegen steigende Preise hilft am besten: Mehr Wohnungen. Wir wollen die Mittel für den Wohnungsbau erhöhen, die Bindungsfristen für sozialen Wohnbau verlängern und die Ausweisung von Wohngebieten beschleunigen. Gerade mit der Mobilitätswende im Bereich der Personenbeförderung und des Wirtschaftsverkehrs werden wir Lärm und Abgase in den Innenstädten erheblich reduzieren.

Wir wollen die Chancen des ländlichen Raums nutzen und die Lebensqualität steigern. Wir werden den Abzug der Daseinsvorsorge aus dem ländlichen Raum stoppen. Öffentliche Leistungen

wie Gesundheit, Bildung, Kultur müssen allen Menschen wohnortnah zugänglich sein. Wir garantieren beispielsweise durch die Zuweisung öffentlicher Mittel, dass der Sozialstaat nicht an der Stadtgrenze aufhört und schaffen ein Grundangebot. Schulen, Kitas und andere öffentliche Einrichtungen sollen nicht geschlossen werden, wenn Nutzungszahlen sinken. Die Abwärtsspirale im ländlichen Raum muss gestoppt werden. Dafür muss das Land aufkommen.

Hessen braucht endlich ein integriertes Verkehrskonzept. Mobilität vernetzt Leben, Wohnen und Arbeiten, sie stellt das Erreichen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, von öffentlichen Einrichtungen sicher und ist mit Blick auf den Warentransport Stütze der hessischen Wirtschaft. Mobilität soll bezahlbar, nachhaltig, leicht nutzbar und in der Fläche verfügbar sein. Wir setzen dabei auf die Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger um auf Anforderungen auf den Dörfern genauso zu genügen wie in den Großstädten. Wir wollen die Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsverbünde. Und wir bringen den Ausbau insbesondere schienengebundener Infrastruktur auf den Weg. In unsere Konzepte

werden wir einbeziehen, dass der demografische Wandel mit Blick auf einen steigenden Anteil von älteren Menschen den Bedarf an barrierefreien Angeboten und an Fahr- und Begleitdiensten erhöht.

Wir wollen eine Digitalisierungs-Agenda für Hessen. Im Zentrum stehen dabei Bildung und Fortbildung. Wir alle müssen uns auf Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt des digitalen Zeitalters vorbereiten. Infrastruktur, Lehr- und Ausbildungspläne müssen modernisiert werden. Wir wollen dafür mit digitalen Volkshochschulen ein Angebot für jedes Lebensalter schaffen. Gerade die Hessische Verwaltung muss bei der Digitalisierung vorangehen und Vorreiter beim Einsatz neuer Technologien sein. Auch dadurch stärken wir das Innovationspotenzial in Hessen. Dabei muss das Land auch Themen rund um die Datensicherheit in den Blick nehmen.

Gerade durch den Strukturwandel liegt in einer Digitalisierungs-Agenda die Chance, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und Wohlstand in Hessen zu sichern. Dafür müssen wir beispielsweise die Startup-Szene im Rhein-Main-Gebiet zu einem digital vernetzten System weiterentwickeln. Wir wollen Risikokapital ansiedeln und die Investitionsbereitschaft von Unternehmen unterstützen, um neue Berufsbilder und -gruppen auszubilden. Hessen bleibt nur dann wirtschaftlich stark, wenn wir Innovation fördern, technische Bildung und Forschung stärken und die Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort erhöhen. Notwendig dafür ist der zügige Ausbau der Dateninfrastruktur und mehr Kooperation mit den Hochschulen.

Hessen darf seine Zukunftsinvestitionen nicht mehr vernachlässigen. Notwendig ist endlich eine nachhaltige und verlässliche Investitionsstrategie – eine Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für eine gute Infrastruktur, für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft. Wir werden die Investitionsquote des Landes erhöhen, um den Wohnungsbau für bezahlbare Mieten zu stärken, den Straßenbau zu intensivieren, Breitbandkabel auch auf dem Land zu verlegen und die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre notwendigen Investitionen in Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitstätten, Leitungsnetze und Gebäude tätigen zu können.

III. Bouffiers Reformstau angehen: Vierzehn dringende Handlungsfelder, um Hessen zukunftsfähig zu machen

(1) Bessere Schulen und gleiche Bildungschancen für Hessens Kinder

Wir schaffen ein offenes und sozial durchlässiges Bildungssystem, das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Chancen eröffnet ihr Potenzial zu nutzen. Anders als derzeit der Fall, werden wir den Zugang zum bestmöglichen Bildungsabschluss unabhängig von der Herkunftssprache, dem Einkommen der Eltern oder anderen äußeren Faktoren möglich machen. Wir werden dazu die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen in schwierigen sozialen Umfeld erhöhen. Über das bestehende Maß hinausgehende Lehrerstellen wollen wir dort zuweisen, wo es besonderen Bedarf oder besonders förderungswürdige Projekte seitens der Schulen gibt. Wir wollen echte Schulsozialarbeit mit schulpsychologischer Unterstützung in regionaler Verantwortlichkeit und eine Einbeziehung außerschulischer Partner. Wir wollen den Ausbau der kommunalen Schulsozialarbeit unterstützen. Und wir werden darauf hinwirken, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Schule als einen Ort wahrnehmen können, in dem sie frei von Diskriminierung, Gewalt und Angst ihre eigene Identität finden können.

Wir werden mit einem Sonderprogramm „Moderne Schulen für Hessen“ den Investitionsstau an den Schulen beenden. Wir werden die Schulausstattung modernisieren, die Rahmenbedingungen für digitales Lernen zusammen mit einer digitalen Lehrerfortbildung schaffen und eine echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen.

Unterrichts- und Schulorganisation müssen die individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. Dies dient nicht nur den Betroffenen und ihrem Schulerfolg, sondern schafft ein für alle anregendes Lernumfeld, das Impulse für eine differenzierte Schul- und Unterrichtsentwicklung gibt.

Wir wollen einen Masterplan für die Medienbildung in der Schule und im Unterricht. Schülerinnen und Schüler sollen neue Medien selbstbewusst und kreativ nutzen, aber auch kritisch bewerten können (Jugendmedienschutz). Die Chancen neuer Medien sollen im Rahmen eines schulischen Gesamtkonzeptes konsequent zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse herangezogen werden.

Unser Ziel ist die Schulabbrecherquote Null. Niemand soll mehr die Schule ohne Abschluss verlassen. Dazu soll die duale Ausbildung bei Bedarf ergänzt werden. Es werden für manche Zielgruppen Einrichtungen benötigt, die berufliche Qualifikation mit didaktischen und pädagogischen Konzepten verknüpfen, z. B. Produktionsschulen. Wir werden die Altersberechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre anheben, damit z. B. Flüchtlinge an beruflichen Schulen oder Schulen für Erwachsene einen Schulabschluss erwerben können. Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung erreichen, indem wir die Akzeptanz aller Berufswege stärken und die Durchlässigkeit gewährleisten.

Wir werden das von Schwarz-Grün verschuldete Inklusionschaos beenden. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrerbildung ausweiten, damit zukünftig alle Schulen ihren Aufgaben bei der Inklusion ohne Qualitätsverlust gerecht werden können.

Allen Menschen muss der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung und gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Dazu sollen Volkshochschulen und öffentlich geförderte Träger der Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichwertiger Teil des öffentlichen Bildungssystems ausgebaut werden.

Wir werden den schwarz-grünen Etikettenschwindel beenden und den Ausbau echter Ganztagschulen massiv vorantreiben. Während die schwarz-grüne Landesregierung Schulen mit wenigen Stunden Nachmittagsangeboten in der Woche bereits als „Ganztagschulen“ bezeichnet, wollen wir für alle hessischen Familien ein Angebot schaffen, das diesen Namen verdient. Unser Ziel ist der Aufbau eines die Nachfrage deckenden Angebots an echten Ganztagschulen, d.h. von Schulen mit einem schlüssigen und tagesübergreifenden Konzept aus klassischem Unterricht, Sport, Spiel, Kultur und Bewegung an fünf Tagen in der Woche – ohne Schulgeld am Nachmittag.

Wir wollen die Lehrerausbildung reformieren, die Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer verbessern und die Lehrerbesoldung gerechter gestalten. Um den Lehrermangel zu beenden und fachfremden Unterricht zu reduzieren, wollen wir die Lehrerausbildung reformieren und die Lehrerfortbildung stärken. Um den gestiegenen Anforderungen des Berufs gerecht zu werden, wollen wir die universitäre Phase aller Lehrämter auf zehn Semester anheben. Unser Ziel ist, dass die Einstiegsvergütung für alle Lehrämter gleichermaßen bei A13/E13 liegt. Wir werden prüfen, wie wir die Arbeitszeit der Lehrkräfte gerechter gestalten und besonders belastete Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter entlasten können. Insbesondere der Berufseinstieg soll professionell begleitet werden. Wir werden die unsägliche Praxis der Befristung von Lehrerarbeitsverträgen bis zum Beginn der Sommerferien beenden.

(2) Schluss mit halben Sachen: Familien fördern, Betreuung garantieren und Gebühren tatsächlich abschaffen

Die SPD steht anders als Schwarz-Grün für eine echte und vollständige Entlastung junger Familien von Krippen- und Kita-Gebühren. Wir wollen die vollständige Befreiung der Eltern von allen Gebühren – im Gegensatz zu Schwarz-Grün auch ganztags, für alle Altersgruppen und für die Tagespflege.

Wir sorgen gegenüber Schwarz-Grün für eine Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung. Wir werden erstens eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Freistellung von Personal für wichtige Leitungsaufgaben ermöglichen, zweitens den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für Vor- und Nachbereitungen und für Elternarbeit einräumen und drittens eine realistische Einberechnung von zu erwartenden Ausfallzeiten durch Krankheit oder Urlaub bei der Stellenberechnung vornehmen.

Wir wollen die Kommunen bei den Betriebsausgaben finanziell entlasten. Das Land wird zukünftig zwei Drittel dieser Kosten übernehmen. Dadurch nehmen wir anders als Schwarz-Grün den finanziellen Druck von den Kommunen, an anderer Stelle höhere Steuern und Gebühren erheben zu müssen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf überall herzustellen, wird die SPD in Hessen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für alle hessischen Familien mit Kita- und Grundschulkindern schaffen. Der schwarz-grüne „Pakt für den Nachmittag“ ist krachend gescheitert – kaum eine hessische Grundschule nimmt daran teil. Im Wesentlichen wurden dafür schon bestehende Betreuungsangebote umetikettiert, aber kaum neue geschaffen. Berufstätige Eltern sehen sich nach fünf Jahren Schwarz-Grün einem Flickenteppich an völlig unzureichenden und oft sehr teuren Angeboten gegenüber. Diesem Missstand wird die SPD durch Schaffung eines individuellen Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung ein Ende machen – bis ein bedarfsdeckendes Angebot an echten Ganztagschulen für den Grundschulbereich geschaffen wurde. Wir stehen zu dem Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“. Wir wollen deshalb jahrgangsübergreifendes und gemeinsames Lernen fördern und so auch den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum sichern.

Ein SPD-geführtes Hessen wird auf Bundesebene für das Rückkehrrecht in Vollzeitbeschäftigung nach Eltern- und Pflegezeiten streiten.

(3) Wirtschaft, Arbeit, Mobilität und Infrastruktur im digitalen Zeitalter

Wir schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, auch in der digitalisierten Wirtschaft der Zukunft. Wir wollen Lohndumping und prekäre Beschäftigung in jedweder Form konsequent unterbinden – in der klassischen Ökonomie wie auch in der digitalen Arbeitsteilung. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem konsequent für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung einsetzen und die Tarifbindung in Hessen stärken. Wir wollen die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen der Zukunft aktiv und sozialverträglich gestalten. Eine starke Wirtschaft braucht starke Tarifpartner.

Wir bekämpfen den Fachkräftemangel. Wir wollen eine Garantie für eine berufliche Qualifikationsmöglichkeit für jeden jungen Menschen und neben dem gebührenfreien Studium auch den gebührenfreien Weg zum Meistertitel möglich machen. Statt einer unübersichtlichen Förderlandschaft wollen wir Schulabbrechern und anderen jungen Menschen ohne Ausbildungsperspektive Hilfen aus einer Hand anbieten. Wir werden an allen hessischen Schulen die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung ausbauen und verbessern. Wir wollen die duale Ausbildung in Hessen stärken. Wir werden die bestehenden Angebote des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung besser koordinieren und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.

Das Land Hessen hat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen deshalb den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften und den Berufsverbänden einen Pakt für den öffentlichen Dienst unter dem Motto „Vertrauen gegen Vertrauen“ anbieten, der durch einen respektvollen Umgang miteinander und durch Wertschätzung der geleisteten Arbeit geprägt sein wird. Wir werden das Land Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückführen, der alle Bundesländer außer Hessen angehören. Wir wollen, dass das Dienstrecht dem Tarifrecht folgt und alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anspruch auf eine angemessene Teilhabe an der Einkommensentwicklung haben. Besoldungsdiktate und Nullrunden wird es mit uns nicht geben. Für Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvollzugs wollen wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen einführen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein. Wir wollen bis spätestens zum Ende der nächsten Wahlperiode erreichen, dass auch hessische Beamtinnen und Beamte ebenso wie die Tarifbeschäftigten nur noch 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen.

Wir wollen, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung immer soziale, innovative und nachhaltige Kriterien berücksichtigt werden, um unserem Anspruch auf gute Arbeit zur Umsetzung zu verhelfen. Die öffentliche Hand hat hier eine besondere Verantwortung. Schlechte Entlohnung und prekäre Beschäftigung soll so eingedämmt werden. Wir werden uns in Hessen auf zwei Förderschwerpunkte konzentrieren: Erstens auf eine niedrigschwellige Grundförderung über zinsgünstige Hausbankendarlehen und Direktfinanzierungen für Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells bei Geschäftsbanken auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen. Zweitens werden intensivere Förderungen auf die Unterstützung des Strukturwandels konzentriert:

- Innovationsförderung: Unternehmensgründungen und Neuentwicklungen im Bereich Digitalisierung/Industrie 4.0
- Effizienzrevolution: Energetische Optimierung und CO2-Einsparung

Wir werden die Verkehrs- und Mobilitätswende für Hessen aktiv gestalten. Unser Leitbild ist die Verbindung von Energie- und Verkehrswende mit energieeffizienter Produktion. Den Automobilkonzernen und Zulieferbetrieben in Hessen mit ihren mehr als 50.000 Beschäftigten steht mit der Verkehrswende der größte Veränderungsprozess ihrer Geschichte ins Haus. Die hessische SPD will keine vorzeitige politische Verengung nur auf batteriebetriebene Elektroautos, die möglicherweise die hessischen Automobilbetriebe in eine Sackgasse führt. Wir wollen auch die Forschung und Entwicklung anderer CO₂-reduzierender Antriebsformen, wie wasserstoffbasierte Antriebe oder die klimaneutrale Erzeugung von Kraftstoffen, durch Erneuerbare Energien fördern und unterstützen.

Wir wollen eine ausreichende Finanzierung des Landesstraßenbauetats, um die Substanz der Landesstraßen zu erhalten und bestehende Lücken im Netz zu schließen. Unter der schwarz-grünen Landesregierung ist der Etat der Landestraßen unterfinanziert. Der Investitionsstau muss schnellstmöglich abgebaut werden. Sanierung geht vor Neubau. Wo nötig, muss Neubau ebenfalls erfolgen.

Wir stellen bezahlbare Mobilität im ÖPNV durch verlässliche und zukunftsfähige Finanzierung sicher. Wir werden die digitale Verknüpfung der ÖPNV-Angebote mit der gesamten Verkehrsinfrastruktur wie auch mit anderen Verkehrsträgern in Angriff nehmen.

Wir sorgen für eine ausreichende Verkehrsbedienung im ländlichen Raum als Aufgabe der Daseinsvorsorge und für einen Infrastrukturausbau in den Ballungsräumen. Hessische Verkehrsverbünde und kommunale Verkehrsunternehmen müssen moderne Mobilitätsdienstleister sein, die moderne, emissionsarme Fahrzeuge zum Einsatz bringen und eine verbraucherfreundliche Nutzung und Bedienung ermöglichen.

Wir wollen weniger Bürokratie und frühere Bürgerbeteiligung im Planungsrecht, damit schneller geplant und gebaut werden kann. Planungskapazitäten müssen vergrößert, Planungszeiten verkürzt werden.

Angesichts der bereits beschlossenen Bundesfernstraßengesellschaft geben wir ein klares Bekenntnis für Hessen Mobil und die Beschäftigten ab. Der Personalabbau muss gestoppt und Hessen Mobil für die Zukunft gestärkt werden. Eine Privatisierung der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen wird es mit uns nicht geben.

Wir stehen für eine verantwortungsorientierte Flughafenpolitik. Wir wollen, dass konsequent alles getan wird, was auf landespolitischer Ebene zur Verringerung des Lärms möglich ist. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren genießt vorrangige Bedeutung. Wir werden uns ebenso auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die zahlreichen Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft am Flughafen, die bedeutsame Arbeitsstätten sind, entwicklungsfähig bleiben und im Wettbewerb keine gravierenden Benachteiligungen erfahren.

Wir wollen das schnelle Internet für alle und dafür das flächendeckende Gigabitnetz bis ans Gebäude ausbauen. Für neue mobile Anwendungen und 5G-Netze ist ein flächendeckendes Glasfasernetz zwingende Voraussetzung. Wir wollen ein Glasfaserinfrastrukturziel für ganz Hessen einführen. Hessen braucht eine anwendungsorientierte Breitbandstrategie, die nicht nur den privatfinanzierten Ausbau im Wettbewerb stärkt. Dafür werden wir originäre Landesmittel zur Verfügung stellen.

Wir werden ein *Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen* ins Leben rufen. Hessen wird zum Zentrum der Industrie 4.0 – der Verschmelzung von Fertigung, industriellen Dienstleistungen mit datenbasierten Diensten. Um den Industriestandort Hessen zu sichern und Zukunftsmärkte zu erschließen, müssen Unternehmen, Handwerk, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Staat und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Das Zukunftsbündnis soll Potenziale gemeinsam analysieren und Lösungen erarbeiten. Dabei muss es auch darum gehen, die Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben, aber auch von Automatisierung betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für andere Aufgaben zu qualifizieren.

(4) Wohnen muss für alle Menschen in Hessen bezahlbar sein

Wohnen und Leben gehören zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Dennoch ist es nicht egal, wie wir wohnen – die individuelle Entfaltung sowie das gemeinschaftliche Zusammenleben im Quartier stellen zwei Herausforderungen dar, deren Versöhnung erforderlich ist, um gutes und angenehmes Wohnen zu ermöglichen. Es ist jedoch ebenso klar, dass es in vielen Teilen unseres Landes nicht perfekt ist, sondern es immer wieder Probleme gibt, die unter anderem auf prekäre Wohnsituationen, Gettoisierung, Segregation und ähnliche Faktoren zurückzuführen sind. Für eine gestaltende Landeswohnungspolitik müssen die Faktoren demographischer Wandel, Klimawandel und bezahlbarer Wohnraum besonders berücksichtigt werden.

Die Hessische SPD setzt sich für die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in allen Landesteilen ein. Dazu bedarf es einer Wohnungsförderung, die darauf zielt, die auslaufenden Sozialbindungen durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindestens zu kompensieren.

Deshalb werden wir den Bau von Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkreisen fördern, in deren Kommunen es auch angespannte Wohnungsmärkte gibt. In der Niedrigzinsphase muss die öffentliche Förderung auf eine direkte Zuschussförderung umgestellt werden. Zinszuschüsse sind zur Zeit nicht attraktiv.

Zur Sicherstellung der zielgenauen und nachhaltigen Förderung beabsichtigen wir, bei der Vergabe von Fördermitteln des Landes kommunale Wohnraumversorgungskonzepte zu Grunde zu legen. Dadurch wird sich die Förderung des Landes noch stärker als bisher am regionalen Bedarf orientieren. Die Wohnraumförderung soll dabei auch die Entwicklung in den Städten unterstützen.

Wir wollen auch den privaten Wohnungsbau fördern. Insbesondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen wir in Hessen die Grunderwerbssteuer senken um damit einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

Wir setzen uns nachhaltig für den Erhalt der Nassauischen Heimstätte und der Projektstadt als Landeswohnungsbaugesellschaft und als Landesentwicklungsgesellschaft ein. Wohnen ist Daseinsvorsorge und um am Verfassungsgebot der vergleichbaren Lebensverhältnisse in Hessen beizutragen, bedarf es einer Landesgesellschaft. Es um 62500

Wohnungen und um 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragende Arbeit leisten.

Wir setzen uns für den Fortbestand des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt ein. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zukunft gezielt gefördert, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen möglichst aufzuhalten. Das Programm der „Sozialen Stadt“ wird dabei gezielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen und ökonomischen Bereich angewendet; andererseits werden explizit soziale Faktoren gleichrangig behandelt und nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Segregation gezielt gefördert. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit eine sehr bürgernahe. Gefördert werden also städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmenschliche Projekte vor Ort.

Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen wird in Zukunft immer bedeutsamer und erstrebenswerter sein. Bei einer Genossenschaft handelt es sich insofern um eine besondere Art von Vermieter, als dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile am Eigenkapital beteiligt sind, also quasi Eigentümer der Genossenschaft sind und dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte genießen. In Zeiten, in denen der Bau eines Eigenheims aufgrund der oben benannten Gründe immer seltener werden wird, bietet genossenschaftlicher Wohnungsbau eine attraktive Alternative. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht auch fast automatisch ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

Wir werden den Wiedereinstieg von Unternehmen in den Bau von Werkswohnungen anregen. Damit sollen auch die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden, für ihre Arbeitnehmer*innen Wohnungen zu schaffen, die Normalbeschäftigte bezahlen können. Die Förderung soll durch Abschreibungsmöglichkeiten oder Wohnungsbauzuschüsse auch in Kooperation mit den Kommunen ermöglicht werden.

Nach wie vor haben wir einen hohen Bedarf an Wohnungen für Studierende in den Hochschulstandorten. Wir werden deshalb den Bau von Wohnungen für Studierende und für Auszubildende mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

Wir werden das hessische Wohnungsbaufördergesetz novellieren. Unsere Kernpunkte für ein solches Gesetz sind:

energetische Sanierung als Verpflichtung bei Neu- und Umbauten, Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau, Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern, Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung, Verlängerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen, Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen, staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgenerationenhäusern und Verpflichtende Evaluationen von Förderprogramme und –projekte.

Wir werden das Wohnungsaufsichtsgesetz novellieren. Es muss der Spekulation durch Leerstand ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit für Kommunen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.

Die Wohnungspolitik ist ein in hohem Maße unterschätzter Politikbereich, wenn es um den Einfluss auf Klimaschutz geht. Doch die Möglichkeiten, über sozialen Wohnungsbau, Förderungen von energetischen Maßnahmen, die Förderung des Einsatzes von regenerativen Energien und vor allem auch Aufklärungsmaßnahmen sind enorm. Das Thema Klimaschutz ist groß und abstrakt. Durch das Herunterbrechen auf das tatsächliche, konkrete Leben der Menschen, durch den Bezug auf ihr direktes Umfeld, kann einerseits energiepolitisch ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, zum Zweiten kann aber auch ein Bildungsprozess in Gang gesetzt werden, der Nachhaltigkeit im Denken der Menschen und den künftigen Generationen verankern kann. Energiepässe können ein Instrument für die Implementation sein.

Wir werden den Bau von behindertengerechten und altengerechten Wohnungen unterstützen. Dies ist die notwendige Konsequenz aus dem demographischen Wandel. Dazu gehört auch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern.

Der Schutz der Mieterinnen und Mieter ist für uns eine zentrale Aufgabe. Doch Fragen nach übersteuerten Mietpreisen, Rechten und Pflichten von Mieterinnen und Mietern gegenüber den VermieterInnen, Zwangslagen wie finanzielle Nöte und deren Folgen u.v.m. lösen sich nicht von alleine. Deshalb wollen wir den gesetzliche Mieterschutz auch im Hessischen Wohnungsbaugesetz verankert wird.

(5) Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten: Wir stärken innere Sicherheit und Justiz

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit. Dem wird eine SPD-geführte Regierung Rechnung tragen. Wir wollen mehr Polizei auf den Straßen einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und die Menschen vor Alltagskriminalität zu schützen. Für die großen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik brauchen wir vor allem mehr Personal. Die zusätzlich ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamte wollen wir mit einem sinnvollen Konzept so verteilen, dass alle Dienststellen mit mehr Personal unterstützt werden. Die Polizei soll sich auf das Wesen ihrer Ermittlungs- und Präventionsarbeit fokussieren. Wir wollen sie deshalb von Verwaltungsaufgaben und sachfremden Aufgaben befreien. Die Arbeit der hessischen Polizistinnen und Polizisten muss eine Wertschätzung und Anerkennung der langjährigen Belastungen erfahren, die sich auch in einer angemessenen Besoldung wiederfindet. Wir wollen uns mit besonderer Anstrengung dem massiven Anstieg der Kriminalität im Internet widmen. Videoüberwachung setzen wir gezielt dort ein, wo dies zu Verhinderung von Kriminalität führt. Um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen, brauchen wir eine mit modernster Technik ausgestattete und auf diese Gefahren hin speziell ausgebildete Polizei.

Jegliche Art von Extremismus wollen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln der Justiz und Polizei bekämpfen. Wir setzen uns für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir wollen radikales Gedankengut bekämpfen und junge Menschen in ihrem demokratischen Bewusstsein dauerhaft stärken. Wir wollen bestehende Programme im Bereich Bekämpfung von Rechtsextremismus und Salafismus verstetigen und die politische Bildung und Extremismusprävention stärker in der frühkindlichen und schulischen Bildungsarbeit verankern.

Wir wollen einen modernen und transparenten Verfassungsschutz, der endlich einer wirksamen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen ist. Der Verfassungsschutz leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Wir werden für eine technisch und personell gut ausgestattete Justiz sorgen, um in Zeiten des internationalen Terrorismus und der Internetkriminalität den Herausforderungen gerecht werden zu können. In Hessen werden Strafverfahren wegen einer überlasteten Justiz teilweise ergebnislos eingestellt. Verfahren dauern länger als in anderen Bundesländern. Diese Missstände sind von den CDU-geführten Landesregierungen spätestens seit dem massiven Personalabbau 1999 zu verantworten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Missstände beenden. Wir stehen für eine starke Justiz, die effizient und bürgernah ist, das heißt für den rechtsuchenden Bürger da ist. Dafür muss die Justiz personell und sachlich stets angemessen ausgestattet sein. Bewährungshilfe und Gerichtshilfe wollen wir zukunftssicher ausgestalten.

Wir erhalten die Justiz in der Fläche. Wir wollen, dass die Justiz in allen Regionen erreichbar bleibt und werden dazu modellhaft an geeigneten Standorten die Wiedereinführung von Arbeitsgerichtstagen erproben, wie dies in Rheinland-Pfalz bereits der Fall ist.

Die Häuser des Jugendrechts, die auf Initiative der SPD erfolgreich in Hessen eingeführt wurden, sollen an weiteren Standorten etabliert werden. Die Häuser des Jugendrechts ermöglichen ein abgestimmtes und schnelles Reagieren auf strafbares Verhalten junger Menschen und sind damit ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Wir werden dem Opferschutz einen höheren Stellenwert einräumen. Wir wollen einen Opferfonds initiieren. Dieser soll in bestimmten Fällen Opfern von Straftaten unverzüglich und unbürokratisch finanziell helfen – beispielsweise wenn man des Täters nicht habhaft werden konnte.

Wir wollen Sicherheit im Justizvollzug gewährleisten. Marode Gefängnisse müssen saniert werden. Hessen braucht ausreichend Personal im Allgemeinen Vollzugsdienst und bei den Fachdiensten. Privatisierungen im Justizwesen lehnen wir ab.

Ein gerechter Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug ist für uns zentral. Wir wollen deshalb erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bürgerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen, den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien ist. Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und die bestehenden Personaldefizite durch konsequente Schaffung von Ausbildungs- und Planstellen ausgleichen, insbesondere um die Betriebsprüfung und Steuerfahndung zu stärken, aber auch um die personellen Abgänge bei den Finanzämtern aufzufangen.

Wir wollen die Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften von Rettungsdienst und Feuerwehr gesellschaftlich stärken. Die mehr als 2.600 Freiwilligen Feuerwehren in den 426 Gemeinden und Städten in Hessen sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den Brand- und Katastrophenschutz in Hessen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird Wertschätzung vorleben, indem wir bei gleichzeitiger Entlastung der Führungskräfte von Verwaltungsaufgaben klar zum System des flächendeckenden Brandschutzes durch den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren, der zehninütigen Hilfsfrist und dezentralen, integrierten Leitstellen in allen Landkreisen stehen.

(6) Für den Neustart in Gesundheit und Pflege: Kurze Wege, mehr Prävention und bessere Mindeststandards für die Personalausstattung

Das Gesundheitswesen braucht eine gute Steuerung. Wir wollen, dass in Hessen nirgendwo Unterversorgung droht. Gleichzeitig wollen wir auch örtliche Überversorgung vermeiden. Deshalb brauchen wir eine bessere Krankenhausplanung. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen.

Wir wollen „Gemeindeschwestern“ und Gesundheits-/Nahversorgungszentren, in Hessen etablieren. Eine grundlegende Gesundheitsversorgung muss für jede und jeden gut erreichbar sein – überall in Hessen. Dadurch wird die Erreichbarkeit verbessert und Wartezeiten werden verringert.

Wir werden mit verbindlichen Mindeststandards gegen den Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorgehen. Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen und die Qualität zu gewährleisten, wollen wir eine der Verantwortung angemessene Bezahlung und gesetzlich festgelegte Mindeststandards für die Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durchsetzen.

Wir sorgen gegen einen drohenden Hausärztemangel in ländlichen Gebieten vor. Wir setzen uns für mehr Medizinstudienplätze für Allgemeinmediziner und eine Landarztquote ein. Wir wollen

eine Förderung für die Praxis-Übernahmen und neuen Niederlassungen von Hausärzten im ländlichen Raum, wo Unterversorgung droht.

Wir wollen den ambulanten und den stationären Bereich stärker verzahnen. Für Patientinnen und Patienten ist der Unterschied zwischen ambulanten und stationären Anlaufstellen in Notfallsituationen nicht nachvollziehbar. Wir wollen deshalb die Zusammenlegung der Leitstellen für Rettungsdienste und die des ärztlichen Notdienstes forcieren.

Wir werden die Hebammenversorgung verbessern. Wir werden dem Hebammenmangel entgegenreten und deshalb ein Hebammenregister erstellen, ein Konzept zur Beseitigung von Unterversorgung entwickeln, eine geeignete Versorgungsplanung einführen und für mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspflege sorgen.

(7) Das sozial gerechte Hessen neu denken: Kluge Sozialpolitik verhindert das Entstehen von Armut und Kriminalität

Wir wollen den aktiven und vorbeugenden Sozialstaat und eine gerechte, inklusive Gesellschaft. Inklusion bedeutet für uns Teilhabe und Partizipation für alle. Sie ist der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch Geschlecht, Alter, physische, psychische und geistige Konstitution, soziale, ethnische oder kulturelle Herkunft und sozialen Status hervorgerufenen Nachteile ausgeglichen werden. Denn nur eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder gerecht behandelt und Teilhabe für alle möglich macht, vermeidet Armut, Spaltung und Konflikte. Deshalb wollen wir die soziale Infrastruktur erhalten, ausbauen und den sich wandelnden Problemen anpassen und werden eine Gesamtstrategie zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut entwickeln. Eine gute und vorausschauende Sozialpolitik stärkt Kinder- und Jugendliche. Eine vorsorgende Sozialpolitik kann Kriminalität verhindern.

Behindertenrechte sind Menschenrechte. Deshalb wollen wir die umfassende Teilhabe bei größtmöglicher Selbstbestimmung für alle Menschen mit Behinderung. Dazu gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Wir werden ein differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung voranbringen und setzen uns für die staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte, Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechte Wohnungen sowie eine barrierefreie bzw. barrierearme Bauweise ein.

Für Menschen, die dauerhaft an der Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt gehindert sind, wollen wir einen geförderten Arbeitsmarkt mit dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung weiter verstärken mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen eine geeignete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu können.

Wir wollen Kinder und Jugendliche stärken und mitbestimmen lassen. Daher wollen wir die Kinderrechte in die Hessische Verfassung aufnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Bedeutung bekommt. Wir werden nicht über Kinder und Jugendliche sprechen, sondern mit ihnen gemeinsam unsere Gesellschaft gestalten. Deshalb wollen wir Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausbauen, das aktive Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und die außerschulische Jugendbildung stärken.

Seniorinnen und Senioren sollen auch in Zeiten des demografischen Wandels so lange wie möglich in ihrem angestammten Umfeld leben können. Wir werden deshalb verstärkt barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in einem sicheren Umfeld für alle fördern, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Zusätzlich wollen wir ehrenamtliches und genossenschaftliches Engagement dabei unterstützen, eine Haus-zu-Haus-Mobilität sicher zu stellen.

Für unsere Integrationspolitik gilt der Leitsatz: Hesse ist, wer Hesse sein will. Integration setzt die Bereitschaft der Person zur Integration voraus, aber auch die Bereitschaft der Gesellschaft, einen Menschen aufzunehmen. Ziel unserer Integrationspolitik ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Status in einer dem Grundgesetz verpflichteten Rechts- und Wertegemeinschaft. Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in Bildung,

Ausbildung und Arbeit unterstützen. Wir wollen echte Beteiligung und das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen.

Erfolgreiche Integration beginnt am Tag der Einreise. Um Integration von vornherein zur Erfolgsgeschichte zu machen, wollen wir Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an ermöglichen. Wir fordern ein Einwanderungsgesetz und wollen es ermöglichen, dass Menschen, die als Flüchtlinge hier leben, durch eigene Integrationsanstrengungen und –leistungen ein dauerhaftes Bleiberecht erwerben können.

Null Toleranz für Intoleranz. Eine SPD-geführte Landesregierung wird konsequent jede Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpfen und mit juristischen Mitteln verfolgen, unabhängig davon, von wem und gegen wen sie ausgeübt wird.

(8) Hessen wird weiblicher: Gleiche Lebenschancen für Frauen und Mädchen

Für uns ist die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen eine der Grundbedingungen für eine demokratische Gesellschaft. Wir stehen ein für eine Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt.

Wir wollen tatsächliche Gleichberechtigung im Erwerbsleben. Deshalb machen wir uns stark für

- gleichen Lohn bei gleicher Arbeit;
- flexibel ausgestaltete Arbeitsbedingungen, damit Eltern die Familie und den Beruf vereinbaren können,
- ein umfassendes Rückkehrrecht aus der Teilzeit und verbesserte (Wieder-)Einstiege in die Erwerbstätigkeit nach Kinder- und Pflegephasen, auch indem die Landesförderung für Wiedereinstiegsprogramme und -projekte deutlich ausgeweitet wird,
- ein wirkungsvolles Hessisches Gleichberechtigungsgesetz.

Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen. Dabei sollen der öffentliche Dienst und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, Vorbildcharakter haben.

Wir wollen Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Dazu gehören der weitere Ausbau von Kinderbetreuung, die gebührenfreie Bildung von Anfang an in Krippe und Kita, ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuungsangebote im Grundschulbereich sowie mehr Entlastungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen. Besonders Alleinerziehende werden wir in allen Bereichen stärker fördern, um das hohe Armutsrisiko und die Benachteiligung dieser Gruppe abzubauen.

Wir schaffen eine bessere, auch finanzielle, Ausstattung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen. Wir wollen, aufbauend auf die bereits durch die Frauennotrufe initiierten Programme in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, eine flächendeckende Ausweitung der Soforthilfe für Opfer sexueller Gewalt unterstützen.

Wir werden ein besseres hessisches Gleichberechtigungsgesetz mit mehr verbindlichen Vorgaben als bisher einführen.

(9) Wir sichern das gebührenfreie Studium, Innovation und gute Arbeitsbedingungen für die Wissenschaft

Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt wie an allen anderen Bildungseinrichtungen gebührenfrei. Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle offen gehalten und eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungschancen erfüllt werden. Wir wollen ein generelles Verbot von Bildungsgebühren bis zum Masterabschluss in der Hessischen Landesverfassung verankern. Wir werden uns gegen alle Versuche anderer Parteien wenden, das Verbot von Studiengebühren aufzuweichen.

Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er die Freiheit zu studieren in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen, von ausreichend Wohnheimplätzen und eines auskömmlichen Bafögs eine öffentliche Aufgabe.

Wir geben den hessischen Hochschulen Verlässlichkeit und Planungssicherheit zurück. Wir werden offensichtliche Fehlentwicklungen bei der Finanzierung der Hochschulen beenden. Dazu gehört, dass die Grundfinanzierung im Vergleich zur Leistungsfinanzierung gestärkt werden muss. Die höhere Verlässlichkeit der Finanzierung im Hochschulbau werden wir beibehalten und die Forschungs- und Exzellenzförderung fortentwickeln.

Wir werden einen Kodex für gute Arbeitsbedingungen an hessischen Hochschulen schaffen. Die SPD will gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Wissenschaftssystem verankern und einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen und zum Schutz vor prekärer Beschäftigung einführen.

Die SPD setzt sich für gleiche Chancen für Männer und Frauen ein. Dabei sollen Frauen nicht nur gefördert werden, sie sollen auch ermutigt werden, in Wissenschaft und Forschung zu bleiben. Neben dem Rahmenkodex für gute Arbeitsbedingungen soll auch die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Hochschule gesteigert werden und für Frauen bestehende Nachteile beseitigt werden. Denn oftmals studieren zwar mehr Frauen, doch die Karrieren an den Hochschulen sind derzeit oftmals den männlichen Kollegen vorbehalten. Langfristig wollen wir einen Gleichstand von Professorinnen und Professoren erreichen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse erhöht und dass Mindestvertragslaufzeiten eingeführt werden. Wir werden das Hessische Hochschulgesetz bezüglich der Entfristung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben novellieren und den Druck einer vermehrten Drittmittelakquise und ständiger Stellenbefristungen durch eine bessere sachgerechte Grundausstattung der Hochschulen senken. Im Bundesrat wird eine SPD-geführte Landesregierung dafür kämpfen, die zweijährige „sachgrundlose Befristung“ im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu streichen.

(10) Hessens Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig machen

Unter den CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 ist Hessen zum Krisenland der Kommunalfinanzen verkommen. Die Verschuldung unserer Kommunen bei den Kassenkrediten ist mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Städte und Gemeinden sind die Keimzelle unserer Demokratie. In Hessen verkommen sie zum Steinbruch schwarzer Raubritter.

Es ist die CDU, die unseren Städten und Gemeinden erst die Gelder kürzt und ihnen anschließend die Erhöhung von Steuern und Beiträgen aufzwingt. Innerhalb der Regierungszeit der CDU sind die kommunalen Abgaben in Hessen massiv gestiegen. Schlecht ausgestattete Kommunen bedeuten Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir brauchen handlungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden, die wieder selbstbestimmt entscheiden können. Nur so sind gute Bildung, Kultur, wohnortnahe Daseinsvorsorge und intakte öffentliche Einrichtungen wie Sport- und Freizeistätten vor Ort möglich.

Wir wollen den Kommunalen Finanzausgleich neu gestalten, die hessischen Kommunen wieder finanziell besser ausstatten und Kommunen bei notwendigen Investitionen entlasten. Insbesondere wollen wir, dass die Kommunen ihre Aufwendungen für Pflichtaufgaben in vollem Umfang vom Land ersetzt bekommen. Damit wollen wir den Kommunen wieder Handlungsspielräume zurückgeben, die ihnen unter CDU-Verantwortung systematisch entzogen wurden. Zudem wollen wir Schritt für Schritt den hessischen Kommunen ihre Aufwendungen für die Kinderbetreuung bis zu einer Zielmarke von zwei Drittel der Kosten ersetzen.

Wir machen Schluss mit dieser Kommunalfeindlichkeit. Eine SPD-geführte Landesregierung setzt neue Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit den Kreisen, Städten und Gemeinden:

1. für eine inklusive Gesellschaft vor Ort, die sich um alle Gruppen und Altersklassen kümmert und Zusammenhalt schafft.
2. für bezahlbares und gutes Wohnen überall in Hessen.
3. für eine dezentrale Energiewende zugunsten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.
4. für gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancen – unabhängig davon, ob man auf dem Dorf oder in einer Großstadt lebt.
5. für ein lebendiges kommunales Bildungs- und Kulturangebot, dass für alle Bürgerinnen und Bürger, alle Altersgruppen und alle Einkommensgruppen attraktiv, erreichbar und bezahlbar ist.

(11) Wir fördern Kultur, Sport und Vereine

Hessische Kultur ist geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von geistig-künstlerischem Erbe und Modernität sowie von regionalen Traditionen und einer weltoffenen internationalen Szene. Es ist die Aufgabe von Kulturpolitik in Hessen, dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern. Neben der Förderung von Theater, Literatur, Film, Museen, bildender Kunst und Musik setzen wir folgende Schwerpunkte:

Die SPD will einen „Innovationsfonds Kultur“ einrichten, im dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder- und Jugendliche bewerben können. Wir werden die kulturelle Vielfalt noch stärker in den Fokus nehmen. Wir sehen dies als wichtige Chance, gegenseitige Veränderungsprozesse zu stärken. Es gilt den interkulturellen Austausch zu vertiefen. Kulturprojekte können starke Motoren dieser Verständigung sein.

Ehrenamtliches Engagement ist eine wesentliche Säule unserer Demokratie und sozialen Gesellschaft. Wir wollen deshalb für das Ehrenamt mit unterstützenden hauptamtlichen Strukturen Beratungen und Förderungen anbieten.

Wir wollen mit einem Programm „Sport in Hessen 2025“ die Umsetzung des Staatsziels Sport stärken. Für nahezu jede Sportart brauchen wir geeignete Sportanlagen. Unser Ziel ist deshalb, in Hessen eine zeitgemäße und gut ausgestattete Sportstätten-Infrastruktur zu schaffen. Wir wollen Kommunen und Vereine bei Neubau und Sanierung von Schwimmbädern und Sportanlagen unterstützen.

Eine SPD-Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen auf Augenhöhe fördern und alle nötigen Voraussetzungen für vielfältige Angebote in Ganztagschulen und Schulen mit freiwilligen Nachmittagsangeboten schaffen, damit der Ganztagschulausbau nicht zulasten der Nachwuchsarbeit der Vereine geht.

(12) Lebendige Demokratie und Medienpolitik

Informationsfreiheit ist notwendige Voraussetzung für Teilhabe und Mitbestimmung in einer modernen, lebendigen Demokratie. Wir wollen deshalb den Zugang zu Informationen in der Verwaltung erleichtern.

Die SPD wird das duale Rundfunksystem, in dem sowohl private Rundfunkanbieter als auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ihren Platz haben, gegen Angriffe verteidigen. Gerade im digitalen Zeitalter ist öffentlicher Rundfunk wichtiger denn je. Er bietet Informationen und Bildung durch qualitätsbezogene Unterhaltung.

Um die Fähigkeiten im Umgang mit Rundfunk, Web und Social Media zu stärken, wollen wir ein Medienkompetenzzentrum einrichten, in dem die schulische und außerschulische Medienkompetenz entwickelt wird. Die Fähigkeit zum verantwortlichen und kritischen Umgang mit Informationsangeboten von Rundfunk, Print- und Onlinemedien und sozialen Netzwerken ist essentiell für den Fortbestand unserer Demokratie.

(13) Neue Energie für Arbeit und Wertschöpfung in Hessen

Wir wollen mit den erneuerbaren Energien Jobs und Wertschöpfung nach Hessen holen. Wir wollen die Energiewende hin zu nachhaltiger und CO₂-neutraler Energieerzeugung mit dem Aus- und Aufbau neuer Branchen und neuer Arbeitsplätze in Hessen verbinden. Unser Leitbild ist die dezentrale Energiewende. Denn von kommunalen Stadtwerken und Energieerzeugern betriebene Anlagen erfreuen sich höherer Akzeptanz, da die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass Gewinne in die Gemeindekasse fließen und die Wertschöpfung in der Region bleibt.

Um die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen wir auf einen Mix aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Dezentrale Gaskraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, sind bis dahin eine optimale Brückentechnologie, weil sie später mit erneuerbarem Gas aus Zeiten des Überschusses von Solar- und Windkraft betrieben werden können („Power-to-Gas“-Technologien).

Die Hessen-SPD wird mit einem neuen Landesentwicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte genutzt werden können, wenn die Kommunen entsprechende Standorte planen wollen. Denn Windenergie an Land und Solarstrom sind inzwischen die günstigsten Stromerzeugungsarten. Trotzdem sind die windstärksten Flächen in Hessen weitgehend Windausschlussgebiet, obwohl die dortigen Städte und Gemeinden Windenergie wollen. Die dirigistische Landes- und Regionalplanung ist zu starr und unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen, weil so am besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht wird.

(14) Wir stärken Umweltschutz, Tierschutz und nachhaltige Energieerzeugung in Hessen

Der Fortschrittsbericht 2016 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen des Hessischen Statistischen Landesamtes offenbart, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zielsetzungen 2020 für Ökologie und bei der Energieproduktivität, den Treibhausgasemissionen, den Erneuerbaren Energien sowie bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit massiv verfehlen wird.

Die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers und dessen Bereitstellung für alle muss ausschließlich und vollständig der politischen Verantwortung unterliegen. Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Wir wollen Wasser deshalb in der Regionalplanung verankern. Bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Auswirkungen auf den ökologischen Wasserhaushalt untersucht werden. Es muss vermieden werden, dass Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden können. Bei der Senkung der Nitratbelastung des Grundwassers wollen wir, dass die Landwirtschaft nicht nur ideell, sondern auch finanziell Unterstützung erhält. Wir wollen alle Maßnahmen einleiten, die notwendig sind, die Wasserrahmenrichtlinie der EU umzusetzen, mit dem Ziel, die Gewässer europaweit spätestens bis zum Jahr 2027, in einen ökologisch, chemisch und biologisch guten Zustand zu bringen.

Wir wollen Gewässerrandstreifen und Auen vermehrt realisieren und weiterentwickeln. Dies gibt vielen Tieren und Pflanzen Lebensräume und dient zudem der Vorsorge für klimawandelverursachte Wetterextreme.

Die Waldbewirtschaftung nach FSC-Kriterien muss Mindeststandard werden. Der Gesamtnutzen der hessischen Wälder als Rohstofflieferant, Naturschützer, Bildungs- und Erholungsraum muss in Hessen begriffen werden. Naturschutz-Kernflächen werden aus der Nutzung genommen, damit alte Laubbäume stehenbleiben, Biotope sich entwickeln und auf dem Rückgang befindliche Pflanzenarten sich ausbreiten können. Zehn Prozent der Waldfläche sollen dafür zur Verfügung stehen. Um die Umsetzung der Ziele zu garantieren, soll unter anderem der Landesbetrieb Hessen-Forst personell verstärkt und im Transfer des eigenen Wissens geschult und unterstützt werden.

Wir setzen uns für den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ein, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert. Das im Grundgesetz verankerte Ziel des Tierschutzes werden wir konsequent im Landesrecht verankern. Wir wollen uns zudem gemeinsam mit Partnern in der Landwirtschaft und den Tierschutzverbänden dafür einsetzen, dass bestehende Kennzeichnungen und Siegel für tierschutzgerechte Herstellung von Lebensmitteln und anderen Produkten bundesweit vereinheitlicht werden. Unser Ziel ist, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Möglichkeiten als bisher erhalten, sich gezielt für Produkte zu entscheiden, bei denen Herstellung überprüfbar auf Tierwohlkriterien geachtet wurde.

IV. Über den Tellerrand hinausdenken: Hessen eine starke Stimme in Berlin und Brüssel geben

Ein Gegenhalten gegen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in arm und reich, die Sicherung unseres Rentensystems, die Abschaffung der Zwei-Klassenmedizin, eine sozialverträgliche Energie- und Verkehrswende oder die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Digitalisierung werden bis zur nächsten Bundestagswahl nur mit einer starken SPD im Bundesrat durchsetzbar sein.

Unser Ziel ist es, mit dem Ministerpräsidenten Thorsten Schäfer-Gümbel innovative und gerechte Ideen und Konzepte in die bundesweite Diskussion zu bringen, damit auch in Berlin der Wechsel nach vier Jahren möglich wird.

Als proeuropäische Kraft wird sich ein SPD-regiertes Hessen in Berlin gegen alle Angriffe von Populisten auf den europäischen Gedanken stemmen und die Interessen der Menschen in Hessen in Brüssel wirksam vertreten.

Initiativanträge

IA 1

Resolution: Keine Neuaufgabe der großen Koalition

Die hessische SPD sieht derzeit keine Basis für eine Fortsetzung der abgewählten Großen Koalition auf Bundesebene. Ein einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben. Gespräche mit allen demokratischen Parteien sind selbstverständlich, notwendig und richtig.

Antragsbereich B: Bildung

B1

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Übernahme der Schüler*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Änderung des § 161 Hessisches Schulgesetz einzusetzen. Diese soll beinhalten, dass die Kosten für die Schüler*Innenbeförderung nicht nur in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I durch den Träger der Schüler*Innenbeförderung übernommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) sowie der gesamten dualen Berufsausbildung. Das Land beteiligt sich analog der bisherigen Regelungen für die Sekundarstufe I an den Kosten.

B6

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Programmkommission

Keine Bildung 2. Klasse, die Ausbildung gehört gestärkt!

Wenn wir uns für Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Hochschule einsetzen, müssen wir auch die Menschen fördern, die sich zum Meister weiterbilden und Facharbeiter_innen werden möchten. Dieser steinige Weg ist mit hohen Gebühren gepflastert, die für viele frisch Ausgelernte kaum zu stemmen sind. Deshalb fordern wir echte Gebührenfreiheit ein. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Abschaffung der Prüfungsgebühren. Darüber hinaus sind die Kosten für Vorbereitungskurse sehr hoch. Dies hängt auch damit zusammen, dass private Bildungsträger auf diesem Markt Narrenfreiheit besitzen. Um eine inklusive, qualifizierte Weiterbildung zu garantieren, setzen wir uns für staatlich unterstützte Vorbereitungskurse ein.

Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie

C1

Arbeit auf Abruf abschaffen!

Die Bundes-SPD wird aufgefordert, das in §12 des Teilzeit- und Befristungsgesetz genannte Beschäftigungsverhältnis „Arbeit auf Abruf“ abzuschaffen und deshalb die Streichung des §12 TzBfG auf den Weg zu bringen.

C2

Resolution: Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft

Präambel:

Unser Ziel ist eine moderne, sozial integrierende und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft, die auf dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf gesichertem Einkommen basiert.

Thesen:

1. Die in verschiedenen Formen ausgeübte Arbeit ist die Quelle des bisher erarbeiteten und des künftigen Wohlstands. Die sozial integrierende Arbeitsgesellschaft gewährleistet eine Beteiligung aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ein Niedriglohnsektor ist mit diesem Ziel unvereinbar.
2. Eine gerechte Entlohnung der Arbeit muss sich an Ihrem gesellschaftlichen Nutzen und an der körperlichen und geistigen Beanspruchung und den Fähigkeiten der Arbeitenden orientieren, nicht aber an ihrem Marktwert (Arbeit ist keine Ware).
3. Eine soziale und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft begreift gute Arbeit für ein gutes Leben und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten durch solidarische und kooperative Arbeitsbeziehungen zwischen allen Menschen und Völkern als ihr Ziel.
4. Eine sozial integrierende Arbeitsgesellschaft verbindet höchstmögliche Freiheit und Flexibilität bei der Ausübung der Arbeit mit einer zuverlässigen sozialen Sicherung. Der Zugang zu den wesentlichen Grundgütern Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Kleidung, Bildung, Energie, Kultur muss unabhängig vom Markt gesichert sein.
5. Eine moderne Arbeitsversicherung umfasst alle Formen der gesellschaftlich notwendigen bzw. nützlichen Arbeit, sichert Zeiten der Nichtbeschäftigung ab und gewährleistet Bildung und Qualifikation über das gesamte Arbeitsleben hinweg.
6. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ersetzt den marktgetriebenen Zwang zur Rentabilität durch ihren wissensbasierten Drang zu Produktivität. Die Entfaltung der gesellschaftlichen Möglichkeiten der digitalen Technik setzt voraus, dass ihre Anwendung und Entwicklung nicht durch Eigentumsrechte eingeschränkt wird. Der Zwang zur Effizienz muss vor allem dort beseitigt werden, wo er Nachhaltigkeit und gutem Leben entgegensteht (z.B. Landwirtschaft, Fürsorge, Gesundheit, Bildung).
7. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ist demokratisch, ihre Demokratie endet nicht am Werkstor. Die Konkurrenz zwischen Menschen und Staaten wird durch einen Wettbe-

werb um gutes und nachhaltiges Leben ersetzt. Es entsteht ein ergebnisoffener, produktiver Wettstreit verschiedener Arbeits- und Wirtschaftsformen (Markt, Staat, Kommune, Eigentumsformen, Sharing-Economy, Solidarwirtschaft, Subsistenzwirtschaft, Ökonomie des Prosumierens), indem sich nicht der Stärkere durchsetzt, sondern das nachhaltig gesellschaftlich Nützlichere.

8. Zu einer modernen Arbeitsgesellschaft gehört ein gerechtes Steuersystem. Ziel ist eine Unternehmensbesteuerung, die Investitionen fördert und nicht Reichtum. Eine Einkommensbesteuerung erfolgt nach Leistungsfähigkeit und trägt zu einem sozialen Ausgleich bei.

C4

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten

Die (Weiter-) Qualifizierung von Erwerbslosen beinhaltet auch die Möglichkeit eines weiteren Berufsabschlusses. Hierbei sollen bisher erlangte Kenntnisse, Qualifizierungen und Abschlüsse mit einberechnet werden

C5

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion

Gegen eine Rente ab 73

Die SPD lehnt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ab.

C6

Für ein Recht auf Arbeit und Teilhabe! Den Produktivitätsfortschritt als Chance begreifen!

Die SPD setzt sich für ein Recht auf Arbeit, eine umfassende staatliche Existenzsicherung, die Arbeitszeitverkürzung und eine positive Vision von der Gestaltung einer immer effizienteren Produktion ein. Wir wollen, den erwirtschafteten Wohlstand gerecht verteilen und mehr Freiräume für alle schaffen.

Hierbei ist für uns zentral:

- Die konsequente Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung mit dem Ziel einer stetigen Demokratisierung der Wirtschaft,
- Die Schaffung eines solidarischen Beschäftigungssektors – insbesondere zur Aufwertung von Pflege, Erziehungs- und Bildungsberufen,

- Eine faire Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeitvolumens durch Arbeitszeitverkürzung und die Sicherstellung ausreichender Freiräume für Familie, Freunden sowie ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen oder Organisationen
- Die Ausweitung der finanziellen und ideellen Förderung ehrenamtlicher Carearbeit,
- Die Überprüfung der Sanktionen im ALGII und der Höhe der finanziellen Grundsicherung,
- Die besondere und zielgerichtete Förderung und Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen

Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales

E1

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Bundesteilhabegesetz – Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe

Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist eine umfangreiche Neuregelung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf den Weg gebracht worden.

Die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe und Etablierung als eigenständiger Leistungsbereich stellt einen großen Schritt in Richtung eines modernen und personenzentrierten Ansatzes für die Teilhabe dar.

Nunmehr ist es erforderlich, dass der Landesgesetzgeber, frühzeitig eine Entscheidung zugunsten des Landeswohlfahrtsverbandes als Träger der Eingliederungshilfe trifft.

Die Herausforderungen durch das BTHG sind so groß, dass nur ein in der Eingliederungshilfe erfahrener Träger hinreichend gewährleisten kann, dass auch künftig die Leistungen effektiv und effizient nach landesweit einheitlichen Standards erbracht werden.

Der Landesparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunalen Spitzenverbänden auf für die künftige Zuständigkeitsverteilung in der Eingliederungshilfe in einem „3-stufigen Lebensabschnittsmodell“ einzutreten.

Der Landesparteitag erkennt an, dass der LWV Hessen sich seiner hohen Verantwortung für behinderte Menschen in Hessen bewusst ist und auch zukünftig seine Rolle als institutioneller Integrator zwischen Kostenträgern, Leistungserbringern und dem Land Hessen aktiv wahrnehmen wird.

E2

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger*innenversicherung einführen!

Wir wollen die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürger*innenversicherung einführen, in die alle Bürger*innen auf gleiche Weise einzahlen und die eine gleichwertige Versorgung für alle Bürger*innen ermöglicht. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben: Alle neu zu Versichernden werden automatisch in die Bürger*innenversicherung aufgenommen. Bisher Privatversicherte wird ein leichter Wechsel in die Bürgerversicherung ermöglicht, wobei ihre Altersrückstellungen mitgenommen werden.

Wir möchten eine neue einheitliche Honorarordnung für medizinische Leistungen, damit sich die Vergütung für alle Patient*innen nach ihrem medizinischen Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus richtet.

Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder paritätisch entrichtet werden. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und alle Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbeziehen. Die Beitragssätze für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen.

Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr anbieten; alle in der Bürger*innenversicherung Versicherten können bei den privaten Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen (Brillenversicherung, Zahnzusatzversicherung etc.) abschließen. Der Bund wird verpflichtet die Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken, damit diese nicht dem kapitalistischen Konkurrenzdenken und Umsatzwachstumswang unterlegen sind, sondern die bestmögliche und effizienteste medizinische Versorgung der Patient*innen die einzige Maßgabe ist.

E3

Konversionstherapie gehört abgeschafft

Konversionstherapie ist menschenunwürdig. Sie fügt Patienten permanenten Schaden zu und führt sogar zu selbstzerstörerischen und suizidalen Handlungen. Die konkrete Anwendung ist sowohl bei Minderjährigen, als auch bei Erwachsenen zu verbieten.

Konversionstherapie wird wie folgt definiert: Als Konversionstherapie (auch *Reorientierungstherapie*, "Reparativtherapie", von lat. *conversio*: Umwandlung, Bekehrung) sind pseudowissenschaftliche Therapieangebote zu verstehen, die bei Homosexuellen entweder ein Interesse an heterosexuellen Sexualkontakten wecken oder zumindest ihre homosexuelle Orientierung unterbinden bzw. sogar in ein asexuelles Verhalten umwandeln sollen. Diese Therapieform setzt die falsche Annahme voraus, dass Homosexualität „heilbar“ bzw. ab erziehbar sei.

Die Klassifizierungen für Therapien ICD-10 F66.0 und F66.1 sollen bereits nach der zweiten Therapiestunde überprüft werden und nicht mehr nach der 25sten. Krankenkassen sind verpflichtet diese Überprüfung vorzunehmen.

E5

Der Landeswohlfahrtsverband muss erhalten bleiben!

Der Landesparteitag spricht sich für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbands Hessen und seiner Einrichtungen aus.

Antragsbereich F: Innenpolitik und Recht

F1

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren gelten.

Der Landesparteitag fordert daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu bieten.

F5

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Flächendeckende Prävention

Der Salafismus gilt sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene als die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. In Deutschland verzeichnet das salafistische Spektrum seit Jahren steigende Anhängerzahlen.

Um diesem Trend entgegen zu wirken, wird ein gesamt-gesellschaftlicher, ressortübergreifender ganzheitlicher Ansatz von Schule, Jugendhilfe und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Prävention notwendig.

Hierfür bedarf es eine Reihe an Präventionsmaßnahmen:

- eine Bundesstelle für islamistische Prävention, die gemeinsam mit den Ländern koordinierend tätig ist
- Ausbau der Imam-Ausbildung und der islamisch-theologischen Lehrstühle an hessischen Universitäten
- Fortbildungen für Pädagog*innen für Prävention und Früherkennung von islamistischer Radikalisierung
- Ein*e geschulte*r Ansprechpartner*in pro Schule um individuelle Präventionsansätze zu entwickeln und beratend tätig zu werden.
- Mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen
- Ausbau staatlicher muslimischer Gefängnisseelsorge
- Staatliche Deradikalisierungsprojekte durch Sozialarbeiter*innen speziell in JVA's
- Ausbau der staatlichen Förderung für Präventions- und Deradikalisierungsprogramme

Wir fordern ein umfangreiches Landesprogramm für Islamismusprävention.

Die Maßnahmen sollten in Zusammenarbeit mit diversen muslimischen Verbänden koordiniert werden.

F7

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

Kommunales Wahlrecht auf für Nicht-EU-Bürger

Das kommunale Wahlrecht wird auch für Nicht-EU-Bürger die dauerhaft in Deutschland leben eingeführt, um diesen eine politische Stimme zu verleihen.

F8

Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen

Einleitung

Für ein selbstbestimmtes Leben stehen Freiheit und Sicherheit in einem stetigen Spannungsverhältnis.

Freiheit, Demokratie und die Sicherheit eines Rechtsstaates sind Grundlage unseres selbstbestimmten Lebens. Wir machen die Welt nicht sicherer, wenn wir dafür unsere Freiheit opfern – durch mehr Überwachung oder durch rigorose Abschottung unserer Grenzen. Freiheit braucht Sicherheit. Es gibt aber auch keine echte Sicherheit ohne Freiheit. Der Terror will Angst schüren und das Fundament unserer Gesellschaft erschüttern. Das lassen wir nicht zu!

Für uns ist Sicherheit ein Bürgerrecht und kein Privileg für Wohlhabende. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten! Sicherheit ist für uns immer auch soziale Sicherheit.

Wir stehen im Gegensatz zu den Konservativen nicht für Aktionismus, permanenten Strafverschärfungen ohne Effekt, d.h. Symbolpolitik. Mit Augenmaß, Besonnenheit und einem Vorrang der Prävention im Alltag, aber auch Entschlossenheit, begegnen wir dem Angriff auf unsere innere Sicherheit und Freiheit.

Leistungsfähige Polizei und Justiz

Wir wollen, dass unserer Polizei Anerkennung und Respekt für ihre wichtige Arbeit entgegengebracht wird. Angriffe auf Beamtinnen und Beamten tolerieren wir nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten, aber auch andere Einsatzkräfte, besser vor Angriffen und Störungen ihrer Arbeit für Menschen in Not geschützt werden.

Es ist sträflich, dass insbesondere Hessen in den letzten Jahren Stellen bei der Polizei, auch im Anwärterbereich abgebaut hat. Alleine in Hessen ist die allgemeine Belastungssituation der Polizei enorm hoch, die über 3 Millionen Überstunden „vor sich herschiebt“. Auf unseren Straßen muss die Polizei präsent sein, d.h. für uns fachlich hoch qualifiziertes Personal. Deshalb muss der Einsatz z.B. der Wachpolizei die Ausnahme bleiben. Nur durch ausreichendes Personal in Polizei und Justiz ist innere Sicherheit gewährleistet.

Insgesamt fordern wir die Schaffung von 15.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern.

Die neoliberale Politik hat jahrelang unter dem Stichwort „schlanker Staat“ die Polizei und andere Sicherheitsorgane sowie die Justiz ausgeblutet und damit die Kriminalitätsbekämpfung erschwert. Das war ein großer Fehler!

Die SPD steht für einen starken, wehrhaften Staat, der die einzelnen Werte, auf denen unser Staats- und Gemeinwesen basiert, verteidigt. Deshalb lehnen wir u.a. sogenannte Bürgerwehren ab.

Wir setzen uns zudem für die Stärkung unserer Justiz ein. Sie muss gut ausgestattet sein, damit Straftaten schnell zur Anklage gebracht und Täter verurteilt werden können. Wir brauchen Regelungen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. So stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Eine Militarisierung der inneren Sicherheit lehnen wir ab.

Für die Bundeswehr gibt es einen rechtlichen Rahmen, in dem sie in Deutschland Amtshilfe leisten kann – so wie sie es bei Oderflut getan hat und wie sie es mit Tornado-Aufklärungsflügen bei der Suche nach vermissten Personen tut. Soldaten als Polizisten einzusetzen verbietet unsere Verfassung. Das ist eine Lehre aus der Nazizeit. Wichtig ist dagegen, dass unsere Polizei sachlich und personell gut aufgestellt ist. Die SPD hat darum durchgesetzt, dass 3.000 Bundespolizisten zusätzlich eingestellt werden.

Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention

Jede Form von Terror muss konsequent und rechtsstaatlich bekämpft werden. Mit einem Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe haben wir eine Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Wir wollen dabei eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa.

Das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten muss effektiv umgesetzt werden. Dabei werden Europol und Frontex mit einbezogen.

Sobald in unserem Land Gefahr droht, müssen wir sofort handlungsbereit sein. Die deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden müssen ihren Informationsaustausch weiter verbessern, dazu gehört z.B. eine gemeinsame Lage-Analyse, ein Terrorabwehrzentrum und eine gemeinsam geführte Antiterrordatei.

Zur Terrorabwehr haben wir die Gesetze verschärft. Damit wollen wir verhindern, dass Hassprediger weiter Menschen verführen, dass verblendete Fanatiker unser Land mit der Absicht verlassen können, dem Terror zu dienen und sich dafür in Camps ausbilden zu lassen. Mit dem neuen Straftatbestand „Terrorismusfinanzierung“ nehmen wir außerdem die Geldströme der Terrornetzwerke ins Visier.

Ausländerinnen und Ausländer, die schwerste terroristische Straftaten begehen, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe, wenn möglich, umgehend abgeschoben werden. Unter engsten respektive gesetzlichen Voraussetzungen müssen wir verhindern, dass Islamisten in Kriegs- und Krisengebiete reisen, um dort Kriegsverbrechen zu begehen, sich weiter radikalieren und ausgebildet werden.

Neben der Repression muss die Prävention gestärkt werden, u.a. durch

- eine gute, chancengleiche Bildungspolitik, die gebührenfrei ist.
- die Stärkung der Schulsozialarbeit.
- die Bekämpfung der Radikalisierung in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen.
- Betreuerinnen und Betreuer in Flüchtlingsunterkünften sollen zum Thema Radikalisierung besser geschult werden, um frühzeitig gegen zu steuern und helfen zu können.
- Präventionsarbeit der Kommunen und Landkreise muss Pflichtaufgabe werden. Zu oft werden erfolgreiche Präventionsprojekte nicht weiter geführt oder gar nicht erst aufgelegt, weil es sich um sogenannte „freiwillige Leistungen“ handelt. Wir fordern daher eine stärkere gesetzliche Grundlage für die dringend notwendige Prävention.
- Vor allem SPD-geführte Bundesländer haben Präventionsprogramme gegen islamistische Radikalisierung junger Menschen aufgelegt.

Hindernisse bei der Rückführung Ausreisepflichtiger werden wir beseitigen; dazu gehören insbesondere entsprechende Rückführabkommen.

Kampf gegen rechts

Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten seit über 150 Jahren aufrecht Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit entgegen. Wir stehen gemeinsam mit vielen couragierten Bürgerinnen und Bürgern an der Seite unseres Rechtsstaates. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.

Rechte Gewalt muss als solche sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahrnehmung nicht unter den Teppich gekehrt werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung der Taten und Täter wollen wir auch die Präventionsarbeit weiter ausweiten und verstetigen. Eine effektive Sicherheitspolitik besteht im Zusammenspiel von Prävention und Strafverfolgung.

Alltagskriminalität

Die Polizei braucht zusätzliche Kräfte, damit sie nicht nur sporadische Kontrollen durchführen kann, sondern auch für einen längeren Zeitraum an Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden kann. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie im Rahmen bestehender Rechtsgrundlagen eingesetzt werden. Im Gegensatz zur CDU suggerieren wir nicht, dass Videotechnik ein Allerheilmittel ist. Wir wollen, dass sich unsere Sicherheitsbehörden konsequent der steigenden Einbruchskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und koordiniertes Vorgehen bei der Strafverfolgung. Das Bundeskriminalamt wollen wir in seiner Zentralstellenfunktion stärken. Die Beratungsangebote, die vielerorts von der Polizei bereits angeboten werden, sollen ausgebaut werden.

Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen

Die Kriminalität im Internet steigt weiter rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren, Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das Spektrum der Cyberkriminalität. Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum. Wir wollen eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Zudem werden wir die Sicherheitsbehörden in der IT-Technologie durch bessere Ausstattung und mehr fachliche Expertise modernisieren. Wir werden das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen und in seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken.

Schutz von „Whistleblowern“

Die „Panama -Papiere“ wurden nur durch einen Insider der Öffentlichkeit und den Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht. Auch Gammelfleischskandale, Notstände in Pflegeheimen oder Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden regelmäßig nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“ bekannt. Das couragierte Handeln dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen muss besser rechtlich abgesichert werden. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen.

Kampf gegen Wirtschaftskriminalität

Unternehmen müssen rechtstreu handeln. Sie müssen Gewinne ordnungsgemäß versteuern. Nur dann ist Wettbewerb fair, nur dann sind Rechte von Beschäftigten, Kunden und Wettbewerbern gewahrt. Organisierte Unverantwortlichkeit muss Konsequenzen haben. Die geltende

Bußgeldobergrenze von bis zu 10 Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Dazu bedarf es eines angemessenen Bußgeld Rahmens.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die Organisierte Kriminalität betreibt auch in Deutschland in vielen Feldern ihr illegales Geschäft. Wir brauchen mehr spezialisierte Ermittler für Organisierte Kriminalität, um die personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent durchführen zu können.

Antragsbereich I: Kommunal- und Regionalpolitik

Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, die für mehr Gerechtigkeit bei der Zuweisung von Landesmitteln im Rahmen des KFA (Kommunalen Finanzausgleich) sorgt.
2. Die schwarz-grüne Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel im KFA deutlich aufzustocken, damit Kommunen auch zukünftig ihre wichtigen sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Aufgaben wahrnehmen können. Die „neuen Ungerechtigkeiten“ im KFA, mit denen vermeintlich „reichen“ Kommunen Mittel entzogen werden, diese aber innerhalb der kommunalen Familie eines Landkreises gar nicht ankommen, sind unverzüglich zu beenden.
3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein neues Schutzschirm – Programm für diejenigen Kommunen aufzulegen, die in den vergangenen 30 Jahren Zurückhaltung bei der Neuverschuldung gezeigt haben, so dass sie keine Finanzhilfen über den „Schutzschirm“ erhalten konnten. Da diese Kommunen ebenso wie die „Schutzschirm – Kommunen“ aufgrund der Auflagen des Landes nunmehr zum größten Teil völlig überzogene und sozial ungerechte Steuer – und Gebührensätze beschließen mussten, sind Ihnen jetzt dieselben Hilfen zu gewähren, insbesondere die 50 %ige Schuldentilgung durch das Land Hessen.
4. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, unsinnige und insgesamt nicht Zweck dienliche Förderprogramme, die die Kommunen an den „goldenen Zügel“ nehmen, einzustellen. Stattdessen sind den Kommunen die Mittel als allgemeine Investitionsmittel ohne Zins – und Tilgung der kommunalen Seite durch das Land zur Verfügung zu stellen, um ihre Finanzkraft zu stärken und den Investitionsstau zumindest teilweise aufzulösen. Städte und Gemeinden wissen besser als jede Landesbehörde, wo Investitionen notwendig und sinnvoll sind.
5. Der SPD-Bezirksparteitag stellt fest, dass unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene erhebliche finanzielle Mittel zur Entlastung der Kommunen bereitgestellt wurden, dieses häufig nicht vollständig bei den Kreisen, Städten und Gemeinden ankommen, weil der hessische CDU Finanzminister einen Teil der Mittel in den Landeshaushalt umleitet. Bundesmittel sind in voller Höhe über die Länder an die Kommunen weiterzuleiten.

Antragsbereich J: Steuern und Finanzen

Antrag J1

Empfänger: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im EU-Parlament

Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht

Die SPD soll die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche Staatsangehörige ihrer Einkommenssteuerpflicht unabhängig von ihrem Aufenthaltsort nachkommen müssen. Es soll nicht länger möglich sein, durch Wechsel des Wohnortes ins Ausland, z.B. von Deutschland in die Schweiz, steuerpflichtiges Einkommen am Fiskus und einer gesellschaftlich gerechten Besteuerung vorbei zu schleusen.

Antragsbereich L: Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag L1

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Öffentliche Ausschreibungen müssen Klimaschutz berücksichtigen

Wir fordern die öffentlichen Entscheidungsträger aller Ebenen auf darauf zu achten, dass durch über öffentliche Ausschreibungen bezogene Güter und Dienstleistungen keine Schädigung des Regenwaldes verursacht wird. Die öffentlichen Ausschreibungen sollten dies in den Kriterien berücksichtigen.

Antrag L4

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“

Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt.

Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen deutlich reduzieren.

Antragsbereich M: Parteiorganisation

M1

Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher

In den Antragsbüchern für die Parteitage auf allen Ebenen der Partei werden in Zukunft sowohl Tenor als auch Begründung der Anträge abgedruckt, um den Antragsstellerinnen und Antragsstellern die Möglichkeit zu geben, ihre Anträge zu begründen ohne die Begründung in den Tenor schreiben zu müssen. Ziel ist es, die Forderung der AntragstellerInnen eindeutig erkennbar zu machen.

2. Übersicht über die Antragsbehandlung

| Antrag | Antragsteller | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---------------------------------|--|--|--|
| A1 | Landesvorstand | Leitantrag der SPD Hessen für den Weg zum Regierungsprogramm 2019-2024 | - | Annahme |
| A2 | Jusos Hessen | Für einen echten Politikwechsel - Kernforderungen an ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm | - | Für diesen Parteitag erledigt durch A1 und Überweisung an Programmkommission |
| S1 | Bezirk Hessen-Süd | Aufstellung der Landeslisten zu Bundes- und Landtagswahlen | - | Überweisung an den nächsten Landesparteitag zur Beschlussfassung für die Zukunft |
| B1 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Übernahme der Schüler*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen | SPD-Landtagsfraktion | Annahme |
| B2 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen und Studiengängen für den öffentlichen Dienst etablieren | SPD-Landtagsfraktion | Als Material an die Landtagsfraktion überweisen |
| B3 | Bezirk Hessen-Nord | Bildung im ländlichen Raum | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Programmkommission |
| B4 | Bezirk Hessen-Nord | Gebührenfreiheit des Studiums sicherstellen | SPD-Landtagsfraktion | Erledigt durch A1 |
| B5 | Jusos Hessen-Süd | Sprache als zentraler Schlüssel | SPD-Landtagsfraktion, SPD-Programmkommission | Als Material an die Landtagsfraktion und Programmkommission überweisen |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---------------------------------|--|---|---|
| B6 | Jusos Hessen-Süd | Keine Bildung 2. Klasse, die Ausbildung gehört gestärkt! | Programmkommission SPD Hessen | Annahme Absatz „Wir brauchen den kostenfreien Meister - jetzt!“ (Zeile 55 - 64). Rest: Als Material an die Programmkommission überweisen |
| C1 | Unterbezirk Limburg-Weilburg | Arbeit auf Abruf abschaffen! | - | Annahme |
| C2 | Bezirk Hessen-Nord | Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft | SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion | Als Resolution beschließen |
| C3 | Jusos Hessen-Süd | Keine Generationenfrage - Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung | - | Überweisung als Material an Bundestagsfraktion |
| C4 | Jusos Hessen-Süd | Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten | SPD-Bundesparteitag | Annahme und Überweisung Bundesparteitag |
| C5 | Unterbezirk Fulda | Gegen eine Rente ab 73 | SPD-Bundesparteitag | Annahme und Überweisung Bundesparteitag |
| C6 | Jusos Hessen-Süd | Für ein Recht auf Arbeit und Teilhabe! Den Produktivitätsfortschritt als Chance begreifen! | - | Annahme mit Änderung Zeile 15-16 neu: Die Überprüfung der Sanktionen in ALGII und der Höhe der finanziellen Grundsicherung |
| D1 | Unterbezirk Limburg-Weilburg | Land und Stadt gemeinsam denken! - Für mehr Attraktivität im ländlichen Raum | - | Überweisung an Programmkommission |
| D2 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Solidarticket für Hessen | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Programmkommission |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---|--|---|--|
| D3 | Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren | - | Ablehnung |
| D4 | Bezirk Hessen-Nord | Für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Programmkommission |
| E1 | Bezirk Hessen-Nord | Bundesteilhabegesetz – Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe | SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion | Annahme |
| E2 | Jusos Hessen-Süd | Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger*innenversicherung einführen! | SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion | Annahme |
| E3 | Jusos Hessen-Süd | Konversionstherapie gehört abgeschafft | - | Annahme |
| E4 | Jusos Hessen-Süd | Equal Care - Nur das ist Fair! | SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion | Überweisung als Material an Bundestagsfraktion |
| E5 | Unterbezirk Lahn-Dill | Der Landeswohlfahrtsverband muss erhalten bleiben! | - | Annahme |
| G1 | Unterbezirk Limburg-Weilburg | Europa demokratisch gestalten- Für eine europäische Verfassung. | PES (Party of European Socialists) | Überweisung als Material an Bezirk Hessen-Süd |
| G2 | Bezirk Hessen-Nord | 60 Jahre Römische Verträge: Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten | Zurückgezogen | Zurückgezogen |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---|--|--|--|
| F1 | Unterbezirk Kassel-Stadt, Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler | SPD-Landtagsfraktion | Annahme |
| F2 | Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | "Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Landesvorstand |
| F3 | Bezirk Hessen-Nord | Änderung des Rundfunkstaatsvertrags | SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion | Überweisung als Material an die Landtagsfraktion |
| F4 | Jusos Hessen-Süd | Kompatible Computerprogramme / Antrag Polizei | - | Überweisung an Programmkommission |
| F5 | Jusos Hessen-Süd | Flächendeckende Prävention | SPD Landtagsfraktion | Annahme mit Änderung: <ul style="list-style-type: none"> • Streichen Z. 10: „Ethnologie als Unterrichtsfach um interreligiöse und transkulturelle Kompetenzen zu fördern“ • Streichen Z. 21/22: wie beispielsweise das „Violence Prevention Network“ oder „Heroes“ • Ergänzung nach Z. 21: „Wir fordern ein umfangreiches Landesprogramm für Islamismusprävention.“ |
| F6 | Jusos Hessen-Süd | Gleiches Recht für alle - Änderung der §§ 113-115 StGB verhindern | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung als Material an die Landtagsfraktion |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---------------------------------|---|--|--|
| F7 | Jusos Hessen-Süd | Kommunales Wahlrecht auf für Nicht-EU-Bürger | SPD-Bundesparteitag | Annahme |
| F8 | Bezirk Hessen-Süd | Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen | - | Annahme |
| H1 | Bezirk Hessen-Süd | Ausländerbeiräte stärken – demokratische Teilhabe stärken | - | Überweisung an Programmkommission |
| I1 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Freifunk-Angebote in kommunalen Einrichtungen | SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion | Überweisung als Material an SGK |
| I2 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Programmkommission |
| I3 | Bezirk Hessen-Nord | Stärkung des Ländlichen Raums | SPD-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an Programmkommission |
| I4 | Bezirk Hessen-Nord | Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden | SPD-Landtagsfraktion | Annahme mit Änderung: Streichung des 1. Punktes ab dem Wort "sorgt." in Zeile 3. |
| I5 | Jusos Hessen-Süd | Stadt und Land - nur gemeinsam stark und gerecht | - | Überweisung an Programmkommission |
| I6 | Jusos Hessen-Süd | Gemeinsame Strategien für die Zukunft der Daseinsvorsorge im urbanen und ländlichen Raum | - | Überweisung an Programmkommission |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adressaten | Beschluss |
|--------|---|--|--|---|
| I7 | Jusos Hessen-Süd | Demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten | - | Überweisung an Programmkommission |
| I8 | Unterbezirk Lahn-Dill | Abschaffung der Pflicht zur Straßenbeitrags-satzung und gerechte Finanzierung der Stra-ßenerneuerung | - | Überweisung an Programmkommission |
| J1 | Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen | Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht | SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfrak-tion, S&D-Fraktion im EU-Parlament | Annahme |
| J2 | Ortsverein Frankfurt Bornheim | Mehr Gerechtigkeit bei der Bemessung der Gewerbesteuer. Kampf gegen Manipulation der Gewerbesteuer | - | Überweisung als Material an Bundestagsfrak-tion |
| L1 | Bezirk Hessen-Nord | Öffentliche Ausschreibungen müssen Klima-schutz berücksichtigen | SPD-Bundestagsfrak-tion, SPD-Landtagsfrak-tion | Annahme, keine Überweisung Bundestagsfrak-tion |
| L2 | Bezirk Hessen-Nord | Wasserqualität und Wasserversorgung in Hessen mittel- und langfristig erhalten | SPD Landtagsfraktion | Überweisung als Material and Landtagsfrak-tion |
| L3 | Bezirk Hessen-Nord | Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen | SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfrak-tion, S&D-Fraktion im Europaparlament | Überweisung an Arbeitskreis "Landwirtschaft" im BZ HS |
| L4 | Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Verbot des Tötens männlicher „Eintagskü-ken“ | SPD-Bundestagsfrak-tion, SPD-Bundespar-teitag, SPD-Landtags-fraktion | Annahme |
| M1 | ASF Hessen-Süd | Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher | | Annahme |

| Antrag | | Antragstitel | Beantragte Adres- saten | Beschluss |
|----------|--|--|---|--|
| M2 | Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord | Repräsentative Tagungsorte für Parteitage, Parteigipfel o.Ä. | SPD-Landtagsfraktion | Überweisung als Material an den Landesvorstand |
| M3 | Jusos Hessen-Süd | Catch them all -Ein Pat*innenprogramm für Neumitglieder | SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion | Überweisung an beide Bezirke |
| M4 | Jusos Hessen-Süd | Europäisierung der SPD | SPD-Bundesparteitag | Überweisung an beide Bezirke |
| IA 1 | Mehr als 25 Delegierte aus mindestens drei Unterbezirken | Resolution: Keine Neuaufgabe der großen Koalition | | Annahme nach Ersetzung erster Satz durch: „Die hessische SPD sieht derzeit keine Basis für eine Fortsetzung der abgewählten Großen Koalition auf Bundesebene“. |
| IA 2 | Mehr als 25 Delegierte aus mindestens drei Unterbezirken | Initiativantrag zur Beratung und Ausarbeitung einer Position zum Thema „Straßenbeitragssatzung“ für das Programm zur Landtagswahl 2017 | | Nichtbehandlung, da nicht initiativ. Zur Kenntnisnahme an den Landesvorstand. |
| Ä4 zu A1 | Juso-Landesvorstand | (Quote von 40% Frauen bei der Besetzung von Professuren) | | Überweisung an Programmkommission |
| Ä5 zu A1 | Juso-Landesvorstand | (Paritätische Besetzung von Hochschulgremien) | | Überweisung an Programmkommission |

3. Wahlen

1. Nominierung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2018

| | |
|-------------------------|-----|
| Abgegebene Stimmzettel: | 316 |
| Ungültige Stimmzettel: | 3 |
| Gültige Stimmzettel: | 313 |

Nominiert wurde Thorsten Schäfer-Gümbel:

| | | |
|--------|------------|-------|
| 94,57% | Ja | (296) |
| 6,07% | Nein | (19) |
| 0,32% | Enthaltung | (1) |

2. Wahl des 1. Vorsitzenden

| | |
|-------------------------|-----|
| Abgegebene Stimmzettel: | 300 |
| Ungültige Stimmzettel: | 0 |
| Gültige Stimmzettel: | 300 |
| Quorum: | 151 |

Gewählt wurde Thorsten Schäfer-Gümbel:

| | | |
|--------|------------|-------|
| 93,67% | Ja | (281) |
| 6,00% | Nein | (18) |
| 0,33% | Enthaltung | (1) |

3. Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden

Gewählt wurde Gernot Grumbach

| | |
|------------------------|-----|
| Abgegebene Stimmen: | 294 |
| Ungültige Stimmzettel: | 3 |
| Gültige Stimmzettel: | 291 |

| | | |
|--------|------------|-------|
| 71,82% | Ja | (209) |
| 20,62% | Nein | (60) |
| 7,56% | Enthaltung | (22) |
| | Quorum: | 146 |

Gewählt wurde Manfred Schaub

Abgegebene Stimmen: 310
Ungültige Stimmzettel: 3
Gültige Stimmzettel: 307

| | | |
|--------|------------|-------|
| 83,39% | Ja | (256) |
| 11,07% | Nein | (34) |
| 5,54% | Enthaltung | (17) |
| | Quorum: | 154 |

Gewählt wurde Gisela Stang

Abgegebene Stimmen: 305
Ungültige Stimmzettel: 3
Gültige Stimmzettel: 302

| | | |
|--------|------------|-------|
| 89,74% | Ja | (271) |
| 6,29% | Nein | (19) |
| 3,91% | Enthaltung | (12) |
| | Quorum | (152) |

4. Wahl der Generalsekretärin

Abgegebene Stimmzettel: 307
Ungültige Stimmzettel: 0
Gültige Stimmzettel: 307
Quorum: 154

Gewählt wurde Nancy Faeser:

| | | |
|--------|------------|-------|
| 92,83% | Ja | (285) |
| 6,19% | Nein | (19) |
| 0,98% | Enthaltung | (3) |

5. Wahl des Schatzmeisters

Abgegebene Stimmzettel: 300
Ungültige Stimmzettel: 1
Gültige Stimmzettel: 299
Quorum: 150

Gewählt wurde Bertram Theilacker:

| | | |
|--------|------------|-------|
| 96,32% | Ja | (288) |
| 1,67% | Nein | (5) |
| 2,01% | Enthaltung | (6) |

6. Wahl der 16 Beisitzer_innen

Abgegebene Stimmzettel: 311
Ungültige Stimmzettel: 9
Gültige Stimmzettel: 302

Gewählt wurden:

| | |
|----------------------|-----|
| Selbert, Susanne | 204 |
| Boukayeo, Sanaa | 185 |
| Roth, Michael | 178 |
| Spies, Dr. Thomas | 173 |
| Bullmann, Dr. Udo | 171 |
| Warnecke, Torsten | 171 |
| Hamacher, Rosa-Maria | 163 |
| Fründt, Kirsten | 161 |
| Gnadl, Lisa | 156 |
| Krug, Patrick | 153 |
| Gremmels, Timon | 152 |
| Degen, Christoph | 148 |
| Müller, Bettina | 148 |
| Josef, Mike | 136 |

Nicht gewählt wurden:

| | |
|-----------------------|-----|
| Lambrecht, Christine | 129 |
| Sprößler, Christel | 128 |
| Haubrich, Dr. Melanie | 119 |
| Karademir, Hidir | 116 |
| Falk, Dr. Dieter | 51 |

7. Wahl der Revisor/innen

Per Akklamation gewählt wurden

1. Heinrich Haupt
2. Hildegard Klär
3. Rudi Sölch